

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 15.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 6.— Mk., von auswärts 7.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 16.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 109

Mittwoch, den 10. Mai 1922

13. Jahrgang

In Erwartung der russischen Antwort.

Der russische Delegierte Rakowski erklärte gestern abend, daß die Antwortnote der russischen Delegation sich auf durch- aus praktischen Bahnen bewege und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden werde, allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen. Die Uebergabe der russischen Antwort wird für heute erwartet.

Die Agentin Stefani weist auf die vermittelnde Tätigkeit der italienischen Delegation und besonders des Außenministers Schanzer hin, der eine juristische Formel für den Artikel betreffs des Privateigentums in Rußland vorgeschlagen habe. Nach Schanzers Vorschlag soll der Grundsatz des russischen Staatsrechtes der nationalisierten Güter formell anerkannt werden, während andererseits den früheren Besitzern die Nutznießung der Güter selbst zugesichert werden soll.

Im Auftrage des Präsidenten der Konferenz ist der russische Delegation ein pro memoria überreicht worden, das nähere Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß eines Vertrages auf Grund des Memorandums der politischen Unterkommission sich für Rußland ergeben würden. Dieser Schritt ist veranlaßt worden, durch die Unterredung des Außenministers Schanzer mit Tschitscherin. Letzterer hat den Wunsch ausgedrückt, die ihm von Schanzer vorgetragenen Argumente in zusammengefaßter Darstellung zu erhalten. In dem pro memoria wird die Fiktion, die die Mächte Rußland zutommen lassen wollen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um eine Reihe von platonischen Zugeständnissen handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System zum Wiederaufbau Rußlands.

Frankreichs Hoffnungen auf das Bündnis mit England.

Wie Savas halbamtlich veröffentlicht, wird in offiziellen französischen Kreisen angenommen, daß die englische Delegation sich in Genua bemühe, die Verhandlungen mit den Delegierten von Moskau wieder aufzunehmen, falls diese nicht mit einem kategorischen Nein antworten würden. Die französische Regierung sei fest entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten, die Entente zwischen Vändern, heißt es weiter, habe niemals die Unterordnung des einen unter das andere bedeutet. Man darf sich nicht wundern, daß die gegenteilige These in Genua verbreitet und heimtückisch von den ausgesprochenen Gegnern Frankreichs unterstützt wird. Sollte jedoch das Unmögliche wahr sein und die englische Regierung eine derartige Stellung einnehmen, so glaubt man allgemein, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sie als absolut unannehmbar bezeichnen werde. Trotz des Zornes einiger englischer Blätter bleibt man in politischen Kreisen Frankreichs überzeugt, daß die große Mehrheit des englischen Volkes der Entente cordiale tief ergeben sei. Man sei der Ansicht, daß die demnächstige Reise König Georg V. zum Besuch der britischen und französischen Soldatenfriedhöfe eine Gelegenheit bieten werde, die beiden Vänder an die gemeinsamen Opfer zu erinnern, die sie mit einander verbünden.

Der Dokumentenprozeß.

Die Kämpfer für das „Reich Gottes“.

Die Verhandlungen über die Eisner'schen Dokumente fanden in der vorigen Woche ihr Ende. Die Verkündung des Urteils wird am 11. Mai erfolgen. Der Vertreter des Privatklägers stellte heute abend in seinem Plaidoyer fest, daß die Weigerung des Auswärtigen Amtes, den Fürsten Bismarck und den Freiherrn von Eckardstein vom Amtsgeheimnis zu entbinden, das Bild wesentlich zugunsten der klägerischen Partei verschoben habe. Die Verhängnisvolle Anklage zur diplomatischen Lüge habe den Beklagten das Recht genommen, sich jemals über einen politischen Gegner ein Urteil anzumachen. Der Prozeß habe die drei Kernpunkte des Problems mit aller Klarheit zutage gefördert: Eine objektive Entstellung der durch Eisner veröffentlichten Dokumente liegt zweifellos vor. Subjektiv fehlte bei Eisner der Wille und das Bewußtsein der Fälschung. Fehrenbachs Mittäterschaft und Mitverantwortlichkeit muß klipp und klar verneint werden.

Am letzten Verhandlungsnachmittag mißfiel sich ein verböhlischer Unterton in die Debatte. Die Anwälte waren im Begriff, sich auf einer mittleren Linie zu einigen: „Abgesehen von der Verantwortlichkeit der Einzelperson stellen wir fest: Die Urkunde des Legationsrates Schön war eine Unterlage des Verfallener Friedensvertrages. Der Beweis

der objektiven Fälschung hat in diese Grundmauer eine Bresche gelegt. Wir haben diesen Beweis gemeinsam geführt aus ehrlichem Herzen. Meinen wir also die Hände.“ Da der Schlag der Beklagte, der geistige Vater der bayerischen nationalistischen Hebe, Professor Cohnmann, die sich anbahnende Verständigung. Er schloß seine an die Merikal-antifemistische Obrerschaft des Gerichtslandes gerichtete Rede mit den Worten: „Wir kämpfen letzten Endes für das Reich Gottes, Eisner und Fehrenbach aber waren aus dem Reich des Teufels. Es ist unsere Pflicht, sie moralisch zu vernichten.“

Damit schloß die Verhandlung.

Die Deutschen im polnischen Oberschlesien.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages machte Staatskommissar Göppert Mitteilung von den wichtigsten Bestimmungen des mit den Polen auf Grund der Genfer Entscheidung abgeschlossenen Oberschlesienabkommens, das in etwa 14 Tagen unterzeichnet wird. Wünschenwert sei es, wenn Deutsche in Polnisch-Oberschlesien die polnische Staatsangehörigkeit erwerben und den Winderheitenschutz in Anspruch nehmen. Nur so könnten sie den ihnen zukommenden Einfluß in Polen erringen.

Die Hohenzollern als Landesverräter.

Wir haben gestern bereits nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie über den deutschnationalen Vorwurf des Landesverrats erhaben ist. Wenn die „Danziger Allgemeine Zeitung“ aber Landesverräter im deutschen Volke suchen will, dann braucht sie doch einmal die Familiengeschichte der Hohenzollern durchzugehen. Diese haben sich nie gescheut, mit dem „Erbsind“ Beziehungen anzuknüpfen, wenn dabei ihre dynastischen Interessen gewahrt wurden. Der sogenannte „Große“ Kurfürst von Brandenburg unterhielt z. B. die Annekktion des deutschen Elsaß durch Ludwig XIV. von Frankreich, weil Brandenburg vom französischen König einen kleinen Bissen abbekam. Die „Goldselige“ Königin Luise war damit einverstanden, daß die Junker in Preußen sich mit Napoleon in Verbindung setzten, um den verhassten Reformminister Freiherrn v. Stein zu stürzen. Sie spielten den Franzosen Briefe Steins in die Hände, in welchem er abfällige Bemerkungen über Napoleon gemacht hatte. Die Königin Luise war mit diesem junkerlichen Landesverrat einverstanden, da sie Stein deshalb fürnte, weil dieser gegen ihre Verschwendungssucht aufgetreten war.

Und daß sich die Hohenzollern auch noch in unsern Tagen den Teufel um das Deutsche Reich scherten, wenn sie nur ihre Hausmacht in Preußen aufrecht erhalten konnten, zeigten die Veröffentlichungen des ehemaligen Kronprinzen, die die bürgerliche Presse in diesen Tagen brachte. Er schildert in höchst sensationeller Aufmachung und mit reichlicher Wirkung auf loyale Tränenrisen die Vorgänge, die sich am 9. November 1918 im kaiserlichen Hauptquartier abgespielt haben. In dramatischer Kontrastierung werden uns zwei Gruppen vorgestellt: Auf der einen Seite die schlappen Generale Hindenburg und Groener, auf der andern die forschenden, schneidigen Kerle Schulenburg und der Herr Verfasser selbst, in der Mitte der in graugelben Farben spielende, heftig gestikulierende, sich übersprudelnde, verströmt und immer unentschlossene Kaiser. Man bewundert den Geschmac des exkronprinzlichen Verfassers, der seinen eigenen Vater als Folie benutzt, um sich von ihr desto heller als Verkörperung aller Heldentugenden abzuheben. Aber diese Schilderung des 9. November in Spa ist noch aus ganz andern Gründen interessant.

Was wollten denn Schulenburg und der damalige Kronprinz? Wenn es ging, wollten sie mit monarchistisch gebildeten Truppen nach Deutschland marschieren und die Revolution niederschlagen. Ging das aber nicht, und sie sahen wohl selber ein, daß es nicht ging, dann hatten sie noch einen andern letzten Rettungsplan, für den sie auch Wilhelm II. gewonnen hatten. Die deutsche Kaiserkrone sollte äußerstenfalls aufgegeben werden, um die preussische Königs-krone zu retten. In diesem Sinne wurde denn auch ein Schriftstück redigiert und telephonisch nach Berlin hinübergegeben, in dem Wilhelm II. seine Bereitwilligkeit ausdrückte, als Kaiser abzudanken, aber betonte, daß er König von Preußen bleiben wolle. Als Staatssekretär v. Sinje dieses Schriftstück nach Berlin übermitteln wollte, wurde er durch die Mitteilung unterbrochen, daß bereits durch Prinz Max von Baden der Thronverzicht des Vaters wie des Sohnes im Reich und in Preußen bekanntgegeben worden sei, und daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ebert das Reichskanzleramt übernommen habe.

Es war wahrhaftig höchste Zeit! Denn wäre nicht am 9. November in Berlin die Republik proklamiert worden, und hätten nicht die Sozialdemokraten die Regierung übernommen, so wäre durch den Verrat der Hohenzollern das Schicksal des Deutschen Reiches befestigt gewesen, das Deutsche Reich hätte an diesem

Tag aufgehört, zu sein. Denn was bedeutete es, wenn der Plan gelang, wenn Wilhelm II. aufhörte, Kaiser zu sein, aber König von Preußen blieb? Das bedeutete nichts anderes, als daß die Reichseinheit dem dynastischen Familieninteresse der Hohenzollern zum Opfer gebracht worden wäre. Der Grundgedanke war: Mag dieses Reich von Bismarcks Gnaden ruhig zum Teufel gehen, wenn wir nur weiter auf unserm angestammten preussischen Königsstern sitzen bleiben dürfen.

Und dieser Gedanke ist echt altpreussisch, echt schulen- burgisch, echt hohenzollerisch. Hatte nicht Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone abgelehnt, weil sie mit dem „Ludergeruch der Revolution“ behaftet war? Hatte nicht Wilhelm I., als ihm der Kaiserplan Bismarcks vorgetragen wurde, geknurr: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Hatte nicht einer der Paladine, der preussische Kriegsminister v. Moos, nach der Kaiserproklamation im Spiegelssaal von Versailles die höhnenenden Worte geschrieben: „Ist nun das Kaiserhühnchen endlich aus dem Ei gekrochen?“ Den Hohenzollern, die sich ganz als Könige von Preußen fühlten, war die Kaiserwürde nicht mehr, als eine Mehrung des Glanzes der Familie, gegen die der Großvater noch ganz gleichgültig war und die erst den prunkbedürftigen Enkel angenehm kitzelte. Aber schließlich, wenn das Reich zum Teufel ging, was weiter? Man legte eben den neumodischen Kaiser- mantel ab und behielt den altgewohnten preussischen Königs-mantel. Das Reich — was ist das? Ja, wäre jener groteske Plan, sich mit dem Schicksal mit 50 Proz. anzugleichen, gelungen, dann gäbe es heute wohl noch eine königlich-preussische Hohenzollern-Dynastie, aber kein Deutsches Reich mehr. Verzichtete Wilhelm II. auf die Kaiserwürde und blieb er König von Preußen, dann war der Fürstentvertrag, auf dem das alte Deutsche Reich beruhte, zerrissen, die Reichs- verfassung gesprengt, es gab kein Deutsches Reich mehr, sondern nur noch ein Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz usw. Damit wäre im dynastischen Interesse der Hohenzollern genau das- selbe vollbracht worden, was Clemenceau an gewollt hatte und was ihm die deutsche Republik verdarb: der Zerfall des Reiches. Der Zerfall des Reiches, das wäre der vollkommene Triumph des französischen Imperialismus gewesen. Dann gab es bei den Friedensverhandlungen keine Reichsregierung mehr, mit der man zu unterhandeln hatte, sondern nur noch Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen usw. Welche herrliche Gelegenheit wäre das gewesen, den Spalt bis zur völligen Zersplitterung weiterzutreiben, einen gegen den andern anzuspitzen und einen Teil des Reiches zur französischen Interessensphäre zu machen, wie es zu Zeiten Napoleons und des Rheinbundes gewesen war? Bedeutet doch die Geschichte der ganzen Zeit Napoleons I. nichts anderes als den fortgesetzten Versuch der deutschen Landesfürsten, durch Preisgabe aller gemeinsamen deutschen Interessen das eigene Thronchen zu retten. Dieses Schauspiel sollte sich jetzt wiederholen, wenn es nach dem Willen Clemenceaus und der reichsverräterischen Hohenzollern ging.

Wenn es anders gekommen ist und die Einheit Deutschlands erhalten blieb, so ist das nur der Sozialdemokratie zu verdanken, die in den Revolutionsmonaten den großdeutschen Gedanken gegenüber monarchistischen und Merikal-nen Abzweigungen aufrecht erhielt. Die Monarchisten haben sich nie gescheut, die Interessen des Volkes zu verraten, wenn dabei für die einzelnen Fürsten etwas heraussprang. Das Deutsche Reich aber ist erst in der Republik wirklich entstanden, und nur im Kampf gegen den Monarchismus wird es sich weiter erhalten und entfalten.

Verbandstag der Bauarbeiter.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hält in der Zeit vom 2. bis 19. Mai in Leipzig seinen 4. ordentlichen Verbandstag ab. Dieser Verbandstag wird voraussichtlich für die gesamte Bauarbeiterbewegung von besonderer Bedeutung sein; nicht doch neben den geschäftlichen Fragen die Schaffung eines Deutschen Bauarbeiterbundes, die hängewerbliche Sozialisierung und die Frage des Bauarbeiterlohnes auf der Tagesordnung.

Über seine Tätigkeit seit dem letzten Verbandstag (Marzbrücke 1920) erhält der Verbandsvorstand einen ausführlichen schriftlichen Bericht, aus dem sich eine glänzende Entwicklung des Verbandes ergibt. Obwohl die Arbeiterarbeit durch die kommunistischen Umtriebe im Verlande stark behindert worden ist, hat der Verband seit dem letzten Verbandstage noch etwa 25.000 Mitglieder gewonnen. Gegenwärtig zählt der Bauarbeiterverband etwa 480.000 Mitglieder.

Der finanzielle Stand des Verbandes ist im ersten Teil der Berichtszeit durch die fortschreitende Geldentwertung und durch die sich daraus ergebenden sehr umfangreichen Wohnbewegungen, sowie durch eine zeitweise sehr große Arbeitslosigkeit der Verbandsmitarbeiter ungünstig beeinflusst worden. Es wurde deshalb im vorigen Jahr der Verbandsbeitrag, der nach dem Verluste des letzten Verbandstages drei Viertel des tariflichen Stundenlohnes betragen sollte, auf einen vollen Stundenlohn erhöht. Damit werden die Verbandsfinanzen wieder auf einen erträglichen Stand gebracht. Ende 1921 betrug das gesamte

Verbandsvermögen 57 1/2 Millionen Mark.

In der Berichtszeit hat der Verbandsvorstand eine Reichsdeputation der Bauwerkmeister ins Leben gerufen und damit einen ersten Schritt in der Richtung zum Deutschen Bauarbeiterbunde getan. Die Heranbildung eines ausreichenden gewerblichen Nachwuchses hat der Vorstand lebhaft gefördert und dabei auch der Umschulung seine Aufmerksamkeit zugewandt, weil er der Auffassung ist, daß durch den

Facharbeitermangel im Baugewerbe

die ganze deutsche Wirtschaft ungünstig beeinflusst wird und damit große Teile der Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit gefährdet werden. Des weiteren hat der Vorstand den Wiederaufbau Nordfrankreichs mit Hilfe deutscher Bauarbeiter zu fördern gesucht, was ihm allerdings infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung nicht gelungen ist. Die Bildungsbestrebungen der Mitglieder hat der Vorstand durch die Entsendung von Mitgliedern auf die Arbeiterakademie in Frankfurt am Main und auf die Betriebsrätelschule in Wilmersdorf zu fördern gesucht. Die

Reorganisierung der Jugendabteilungen

wurde in Angriff genommen; für den Neuaufbau und die Arbeit der Abteilungen legt der Vorstand dem Verbandstage Richtlinien zur Beschlußfassung vor. Die Sozialisierung des Baugewerbes und des Wohnungswesens hat der Vorstand mit aller Kraft zu fördern versucht. Ebenso hat er sich lebhaft für die Schaffung eines Deutschen Bauarbeiterbundes eingesetzt.

Bei den Verhandlungen des Verbandstages wird voraussichtlich der Bericht des Verbandsvorstandes einen breiten Raum einnehmen. Mühte doch der Vorstand, um den Verband vor der Herrschaft durch kommunistische Umtriebe zu bewahren, eine Anzahl Mitglieder aus dem Verbande ausschließen und zwei Vereine ganz auflösen. Es liegen Anträge vor, die auf eine Milderung der Haltung des Verbandsvorstandes und auf die Milderung der Haltung der gegen die Träger der gewerkschaftlichen Arbeit unternommenen Maßnahmen hinauslaufen. Zur

Schaffung eines Deutschen Bauarbeiterbundes

legt der Verbandsvorstand einen fertigen Satzungsentwurf vor, der die Umgliederung der jetzigen Fachgruppen des Verbandes in Berufsverbände des Deutschen Bauarbeiterbundes und den Anschluß aller auf dem Boden des Baugewerkes bestehenden hängewerblichen Organisationen vorstellt. Die übrigen hängewerblichen Verbände werden voraussichtlich Vertreter zum Verbandstag entsenden. Doch haben sich von ihnen bis jetzt nur einige kleine Organisationen für den Zusammenhauß in einen Baugewerksbund ... angekündigt. Ueber den

Stand der hängewerblichen Sozialisierung

erhält der Verbandsvorstand ebenfalls einen schriftlichen Bericht. Danach hat der Verbandsvorstand die vom Reichsratige Bauarbeiterbewegung bereitgestellten 5 Millionen Mark zur Förderung der hängewerblichen Sozialisierung teils im Verband sozialer Baubetriebe angelegt. Der Verband sozialer Baubetriebe hat mit Hilfe dieser und der sonst von den Gewerkschaften aufgebracht Mittel 18 Baubetriebe in Betriebsverbände eingeteilt, denen etwa 200 soziale Baubetriebe angegliedert sind. Der Vorstand beantragt, der Verbandstag möge genehmigen, daß von jedem bei der Verbandshauptkassse eingehenden Verbandsbeitrag 50 Pf. für die Sozialisierung des Baugewerbes verwendet werden. Man erwartet daraus für Sozialisierungs-zwecke eine lährliche Einnahme von 10 bis 12 Millionen Mark. Einige andere Anträge gehen über die vom Verbandsvorstand gemachten Vorschläge hinaus. Andererseits liegen auch eine Reihe von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ausgearbeitete Anträge vor, die keine weitere Sozialisierung durch die Gewerkschaften wollen, sondern die Angliederung der sozialen Baubetriebe an Staat und Gemeinden verlangen. Es ist zu erwarten, daß der Verbandstag die Vereinfachung weiterer Mittel für die Sozialisierung mit großer Mehrheit beschließen wird.

Eine eingehende Aussprache wird sich voraussichtlich auch zum

Neuaufbau des Tarifvertrages

ergeben. Es handelt sich dabei nicht um die Höhe, sondern nur um den Mantelvertrag, der eine Reihe von Neuerungen bringt. Es liegen Anträge vor, die den Abschluß eines Reichstarifvertrages ablehnen und an seiner Stelle autonome Bezirksstarife verlangen. Auch zum Bauarbeiterlohn liegen eine Anzahl Anträge vor, so daß die ganze Woche vom 8. bis 18. Mai mit wichtigen Beratungen ausgefüllt sein wird. Wie werden über sie berichten.

Preussische Justiztaten.

In dem kleinen Orte Kirn an der Nahe (Rhd.) kam es im Sommer 1920 zu Lebensmittelkrawallen, wobei das Geschäft eines Lebensmittelhändlers gestört und geplündert wurde. Die Justiz schritt ein, aber in seltsamer Weise. Zuerst wurde der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe der SPD. auf eine verleumderische Denunziation hin unter dem Verdacht der Aufreizung zu den Exzessen verhaftet und ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten. Dann mußte man ihn entlassen, weil ihm nichts, aber auch gar nichts nachgewiesen werden konnte. Bei seiner Entlassung schärfte man ihm ein, er solle sich ja nicht einfallen lassen, nun von Massenjustiz zu reden, sonst würde es ihm schlecht ergehen.

Dann wurde der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, ein der SPD. angehörender Steinarbeiter Weder, verhaftet. Weil er wiederholt vor den Exzessen warnend erklärt hatte, wenn der Lebensmittelwucher fortgehe, werde es in Kirn kommen wie anderswo, wurde er zur Aufreizung für überführt erachtet und, obwohl er in keiner Weise an den Exzessen beteiligt war, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen dies von der Strafkammer 1 des Landgerichts Koblenz gefällte Schreckensurteil protestierte in einer Versammlung fast die gesamte erwachsene Bevölkerung von Kirn. 1600 Personen waren anwesend. Die Versammlung nahm eine Entschloßung an, die das Urteil als zu hart und als Auswuchs der Klassenjustiz bezeichnete.

Die weitere Folge ist jetzt, daß gegen den Leiter der Versammlung, gegen den Geschäftsführer eines bürgerlichen Blattes, der eine Versammlungsankündigung aufnahm, und schließlich gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Parteiblattes in Oberstein an der Nahe, der einen durchaus objektiven Versammlungsbericht brachte, Strafverfahren wegen Richterbelästigung eingeleitet werden.

Der „Vorwärts“ schreibt: Kaengerade dürfte nun jedes Kind in Deutschland wissen, daß das Wort Klassenjustiz nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung, sondern die psychologische Feststellung der Fehlerquelle eines Urteils bedeutet. Auf jeden Fall tritt die Justiz sehr, wenn sie glaubt, durch die Strafverfolgung ihrer Kritiker das gesunkene Vertrauen der Bevölkerung zur Justiz irgendwie zu heben. Im Gegenteil, auf diese Weise hilft die Justiz nur selber, das Misstrauen lawinenartig aufzuwickeln zu lassen.

Für einen Freistaat Memel.

Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat die von der Arbeitergemeinschaft für den Freistaat Memelland unter den wahlberechtigten Einwohnern veranstaltete Unterschriftenammlung aller derer, die sich für den Freistaat Memelland erklären, ergeben, daß sich von der rund 140.000 Köpfe zählenden Bevölkerung des Memellandes 54.429 für den Freistaat eingeschrieben haben. Das ist fast die gesamte auf 58.000 Köpfe zu veranschlagende stimmberechtigte Bevölkerung.

Ueber die staatsrechtliche Gestaltung des Memellandes ist bisher noch nicht entschieden worden. Das Land wird noch immer vom Völkerbund verwaltet. Die Großlitauer erstreben seine Eingliederung in Litauen. Auch Polen verspürt Appetit auf die Hafenstadt. Demgegenüber kann man verstehen, daß die Memelländer die Schaffung eines Freistaates als das kleinere Übel ansehen.

Aus der reaktionären Verleumdertische.

Die Zeitung „Der Reichsbote“ und die Wochenschrift „Der Reichswart“ haben unlängst neben verschiedenen anderen falschen Behauptungen die Nachricht verbreitet, der Reichspräsident hätte bei einem Empfangsabend im Februar 1921 die „Marschallkaise“ und „Good save the King“ spielen lassen. Auf Grund des Pressegesetzes wurden beide Blätter sofort verurteilt, eine Verichtigung des Reichspräsidenten aufzunehmen, welche neben den anderen Behauptungen auch diese Erzählung als freie Erfindung bezeichnete. Trotzdem behauptet der deutschnationale Abg. Traub in der „München-Augsburger Abendzeitung“ vom 8. Mai in einem „Der Zwang zur Rüge“ überschriebenen Artikel aufs neue, der Reichspräsident hätte im Februar 1921 seinen Gästen die Marschallkaise und Good save the King vorspielen lassen. Wie wir hören, hat der Reichspräsident nunmehr wegen dieser verleumdertischen Behauptung gegen Traub Strafantrag gestellt.

Der geistesranke Attentäter.

Der frühere Führer Oltwig von Hirschfeldt, der wegen seines Attentates auf Erzberger zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist jetzt, wie die Blätter mitteilen, auf Grund ärztlichen Gutachtens für geisteskrank erklärt worden. Bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden soll der Antrag gestellt werden, Hirschfeldt mit Rücksicht auf seinen Zustand aus der Strafkast zu entlassen. Seine Strafe wäre im Februar d. J. verbüßt gewesen, wenn sein Aufenthalt in einer Irrenanstalt auf die Strafzeit angerechnet worden wäre.

Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Bei einigen Zechen des Zentralreviers (zwischen Dortmund und Gelsenkirchen) sind etwa 20.000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Am 10. Mai sollen Einigungsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Zechenverbände unter Leitung von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums geführt werden.

Fräulein

Ein Danziger Heimatroman von Paul Enderling.

34) (Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachflg. Stuttgart).

Sein Blick fiel auf die Tafel. Ein griechischer Satz stand dort. Eine Zeile aus Xenophon. „Warum ist das da nicht abgewischt?“ schrie er plötzlich in den „Sonnwagen“ hinein.

Der Ueberseher — August Frohnat — sah ihn verdutzt an. Die ganze Klasse fuhr empor. Man merkte es ihren schnellen Bewegungen an, daß sie erwachte und daß sie fertig war, einen Augenblick in diesem teuflischen, schändlichen Horaz verzuken zu können. „Das soll stehen bleiben“, sagte da August Frohnat langsam.

„Wer hat das besohlen?“

„Herr Doktor Herrmann.“

Oberlehrer Sanders fuhr zusammen wie unter einem Schlag. „Hatten Sie das Maul!“ freizte er.

August Frohnat räusperte sich energisch, ganz geschwollen von Gerechtigkeitsgefühl, bis zum Plagen voll massiven Unschuldsbewußtseins. „Ich habe kein Maul“, sagte er und sah den Lehrer herausfordernd an, mit dem Horaz auf die Tischplatte aufschlagend.

Die ganze Klasse wieberte und größte Beifall. Sie lächelten sich alle in August Frohnat getroffen, beleidigt, tyrannisiert. Sie fühlten sich alle durch August Frohnat gerächt, entschuldigt, entschuldigend. Da, wie er die Scharte anzwang! Er gab es ihm ordentlich! August Frohnat hatte die beste Chance, für die nächste Zeit Klassenheros zu sein.

Sie schwärzten mit den Füßen, die ganze Klasse scharrte, der Körpergeist war erwacht und raste. Seltener war so etwas auf dem Gymnasium passiert, nie war es bei Sanders passiert.

Er hatte immer verstanden, ein erträgliches Verhältnis herzustellen und das übliche Feindschaftsgefühl auszuwischen. Ab und zu ein Scherzchen, ein Augenaufreiben bei laueren Reden an den die Gymnasialordnungen — nein

— er war fit zu einem gewissen Grade sogar beliebt und verehrt.

Heute aber war mit einem Schlag alles verandelt. Während die Klasse laut und lauter lärmte, raste er zwischen den Bänken mit erhobenem Arm auf August Frohnat zu. Alles war plötzlich still. Nun kam das große Ereignis. Was lag in den Sanders gefahren war? Man erkannte ihn gar nicht wieder.

Da läutete draußen die Glocke, Oberlehrer Sanders fühlte sich jäh ernüchert.

„Sie haben sich eines höflichen Tons gegen Ihren Lehrer zu befleißigen.“ sagte er nur schroff und ging dann zum Kartheder zurück. Er hätte den Schuldiener umarmen mögen. Nicht fünf Minuten länger hätte er diese Stunde ertragen.

Draußen im Korridor traf er Henning.

„Na, wie geht's Thea?“ fragte der. Sein Gesicht strahlte. Seine Augen leuchteten. Henning hatte wohl alle seine Liebesorgen vergessen.

„Ein schöner Tag heute“, sagte Oberlehrer Sanders und sah zum Fenster hinaus auf die grünen Bäume der Allee in der Weidengasse.

„Ja, famos.“ Und Henning wickelte sein Frühstücksbrot auf und bis kräftig drein. Schinken war darauf. Sanders sah es deutlich. Er sah immerfort das Brötchen an, um nicht Henning in das lachende Gesicht sehen zu müssen.

Jetzt konnte er es ihm doch nicht sagen: Die Pause war ja viel zu kurz dazu. . . .

Gott sei Dank, nun war es zu Ende. Die Schüler strömten aus den Klassen auf die Korridore. Einen Augenblick haute sich der Strom am Portal, dann floß er breit und stark die breite Steintreppe hinab und verlief sich nach rechts und links auf die Straße.

Tobien, der Schuldiener, trich seinen schwarzen Mäntelbart und blickte mit ernster Würde den eifrig Schwachenden und Laufenden nach. Nie kam ein Lächeln auf sein Männerantlitz.

Oberlehrer Sanders bog draußen rechts ab. Er mußte einen kleinen Umweg machen. Es war ja auch noch viel Zeit bis zu Freitag.

Er ging durch die Weidengasse, bog an der Artilleriewerkstatt ein und ging den Weg zum Wall empor. Draußen über das modrige, kumpfige, von Wasserpflanzen durchzogene Wasser des Wallgrabens hinweg schimmerten die kleinen Dorfhäuser, Wäden tauchten in der Luft. Der schwebende Knäuel war von der Sonne durchgoldet. . . .

Au dem alten Pulvermagazin stand ein Soldat. Er sah gelangweilt auf den Herankommenden.

Der Oberlehrer hatte das Bedürfnis, irgendetwas zu sagen, irgendetwas zu tun. Er holte eine Zigarre hervor und gab sie dem Posten. „Schönes Wetterchen heute“, sagte er mit kampfhafter Gemüthlichkeit.

Misstrauisch sah der Soldat den Frager an und steckte dann, ohne zu danken, die Zigarre unter den Helm. „Schönes Wetterchen“, sagte der Oberlehrer noch einmal. Aber der Soldat war schon wieder auf seinem Patrouillengang und kümmerte sich nicht mehr um ihn. Der Oberlehrer ging weiter an den alten Bastionen entlang, bis er draußen vor dem Begetor stand. Kein Mensch weit und breit. Die Sommer Sonne brannte. In den Wallgräben schwammen Holzstücke. Moos wuchs hier und da auf den Balken. An einer Stelle leuchtete ein Büschel Mummeln gelb aus dem schwarzen Wasser herüber.

Alles war so friedlich. Aber dieser Friede drückte auf ihn mehr, als es Lärm und Sang getan hätten.

„Wie stark ist doch das Leben“, dachte er verwundert und unruhig. „Viel stärker als alle Gedanken, die es scheinbar regeln und regieren. Wie kann es unser spotten! Hier ist nun ein junges Mädchen aus guter Familie, die ihr geschicktes Haus verläßt — gegen alle Vernunft — die in Nacht und Nebel davongeht — gegen alle Vernunft — die einen anderen liebt — gegen alle Vernunft — der sie nicht mag — wiederum gegen alle Vernunft. Und ihr Schicksal ist nun das Resultat langer Familienerziehung und Einschachtelung. Das ist das Ergebnis alter Familientraditionen. Dafür hält Julius Erbe keine Prinzipien so hoch, dafür jammert Minna in Angst um das Gold der Familie. Der Nieße Leben prustet und bläst das Patrizierhaus um.“

(Fortsetzung folgt.)

Die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter als Saisonarbeiter.

In den Jahren 1920 und 1921 konnte vielfach die Beschäftigung gemacht werden, daß die Saisonarbeiter in der Landwirtschaft zu erheblichen niedrigeren Löhnen beschäftigt wurden, als die einheimischen Arbeiter. Die Folge ist, daß Saisonarbeiter schwer Beschäftigung finden. Der Landarbeiterverband verlangt bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern, daß Saisonarbeiter nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn alle einheimischen Landarbeiter Beschäftigung gefunden haben. Ferner dürfen die Saisonarbeiter nicht als Saisonarbeiter verwendet werden. In diesem Jahre ist schon ab 1. April eine große Anzahl Saisonarbeiter im Freistaat tätig, obwohl zurzeit noch hiesige Landarbeiter arbeitslos sind. Die Vorliebe der Besitzer für Saisonarbeiter hat natürlich keine guten Früchte. Sie sind billige Arbeitskräfte.

Der Landbund veröffentlicht in seinem Fachorgan einen Tarif, der von den Arbeitgebern selbst aufgestellt worden ist. Danach erhalten die Saisonarbeiter pro Kopf und Woche: 80 Pfund Kartoffeln, 1/2 Pfund Fett oder 1/4 Pfund Speck und 1/4 Pfund Strup oder Marmelade, 1/4 Pfund Mehl, 1/4 Pfund Gerste, 1 1/2 Pfund Hülsenfrüchte, 6 Liter für Futtermittel, Gerste und Beleuchtung usw., 1/2 Liter Magermilch und 1/4 Liter Vollmilch täglich. Ferner ist freie Sitz- und Rückenbank mit der Bahn 4. Klasse und ein Werkzeug von 25 Mk. für die Person zu gewähren. An Tagen, an denen es zu regnet: Im Monat April 8 Mk., im Monat Mai 10 Mk., ab 1. Juni bis zu Beginn der Ernte 11 Mk., bei Heuarbeiten 12 Mk. (täglich). Arbeitszeit und Entlohnung des Unternehmers unterliegt freier Vereinbarung. Die Wohnverhältnisse sollen 14 Tage erfolgen, und zwar am Mittwoch für die letzten beiden vollen Wochen. Jedem Arbeiter ist eine Kautions- und wöchentlich 10 Wk. bis zur Höhe von 50 Mk. einzubehalten.

Das beste Mittel, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, ist die Saisonarbeiter auszuklären und sie dem Deutschen Landarbeiterverbande anzuschließen. Dadurch würden die Saisonarbeiter von den Hungerlöhnen befreit und die Arbeitslosigkeit für die einheimischen Arbeiter würde vermindert, weil die Saisonarbeiter nicht mehr als Lohnbrüder anreisen.

Sonderzüge mit Fahrpreisermäßigung zwischen dem Osten und dem Rheinland sind vom deutschen Verkehrsministerium mit 8 1/2-prozentiger Fahrpreisermäßigung genehmigt worden. Die Züge werden in der Zeit von Ende Mai bis Anfang Oktober verkehren. Es wird sich insgesamt um etwa je 10 Züge hin und zurück handeln. Fahrkarten werden durch die Geschäftsstelle des Verkehrsverbandes Allenstein, Neues Rathaus, zu erlangen sein. Genaue Richtlinien für die Benutzung der Züge stehen jedoch noch nicht fest. Sie werden voraussichtlich in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Seine Mutter bestohlen. Urkundenfälschung, Betrug und Einbruchsdiebstahl sind die Straftaten, die der Kaufmann Alfred Schubert in Zoppot gegen seine eigene Mutter und den Bruder begangen hat und wegen der er vor der Strafkammer stand. Er wußte, daß seine Mutter an einen Kaufmann für 18 950 Mark Waren geliefert hatte. Er schrieb nun eine Rechnung für den Kaufmann aus und unterschrieb sie quittierend mit dem Namen der Mutter. Mit dieser Rechnung kassierte er den Betrag von 18 950 Mark ein, ließ dann nach Erlangung und verübte hier das ganze Geld. Dann kam der wenig reuige Sohn nach Zoppot zurück, brach bei seiner Mutter ein, stahl 80 Tafeln Schokolade und Zigaretten und verkaufte sie an einen Gastwirt in Zoppot für 900 Mark. Auch dieses Geld wurde durchgebracht. Er brach dann erneut bei der Mutter ein und stahl dem Bruder eine Briefmarkensammlung im Werte von 30—40 000 Mark. Hierbei wurde er von dem Bruder abgefaßt. Diese Straftaten konnten vom Gericht jedoch nur zum Teil abgeurteilt werden. Der Bruder hatte keinen Strafantrag gestellt. Die Mutter zog ihren Strafantrag vor Gericht zurück. Der Gestandnisarzt stellte fest, daß der Angeklagte Alkoholiker und erblich belastet ist, jedoch ist er nicht strafbefreiend geisteskrank. Das Gericht verurteilte ihn wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges im Rückfalle zu 1 Jahr Gefängnis.

Mehrfache Sittlichkeitsvergehen führten einen Arbeiter Albert W. in Neuschottland vor die Strafkammer. W. ist wegen Sittlichkeitsverbrechens vorbestraft und sitzt in Strafhaft. Er nahm an einem schulpflichtigen Mädchen unzüchtige Handlungen vor. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zusatzstrafe von 9 Monaten Gefängnis. Wegen eines weiteren Sittlichkeitsverbrechens erfolgte Vertagung, da eine Zeugin nicht erschienen war.

Schleier und Kettenhandel mit Garn. Vor dem Schöffengericht hatten sich wegen Schleier- und Kettenhandel zu verantworten zwei Kaufleute, ein Hilfsmonteur und drei Schneider. Der Kaufmann kaufte von einem unbekanntem Reisenden 680 Rollen Garn zum Preise von 7 Mark die Rolle und die übrigen Angeklagten bildeten die Kettenglieder, durch die diese Ware weiter lief und schließlich mit 12 Mark an Verbraucher verkauft wurde. Der Preis der Rollen betrug damals etwa 19 Mark. Das Garn war gestohlen und die Anklage nimmt an, daß dies bemerkt werden mußte. Ferner ging die Ware durch die Hände überflüssiger Zwischenglieder. Das Gericht sprach die Angeklagten wegen des Kettenhandels frei. Die beiden Kaufleute erhielten 8 Monate Gefängnis wegen Schleier- und Kettenhandels. Zwei Angeklagte wurden wegen Schleier- und Kettenhandels zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt. Beiden wurde jedoch Strafausschließung gemährt. Die übrigen zwei Angeklagten wurden freigesprochen.

Oliva. Verteilung von Kohlen. Auf Marke 11 der Brennstoffarten kommt vom 10. d. Mts. ab bei den Kohlenhändlern Schubert und Piere, soweit Vorrat, ein Zentner Kohlen zum Verkauf. Es gelten die Danziger Kleinverkaufspreise. Wer die ihm zustehenden Kohlen bis zum 15. d. Mts. nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Oliva. Sprechstunden für das Wohnungs- und Einigungsamt. Das hiesige Wohnungs- bzw. Einigungsamt, Am Schloßgarten 25, 1 Treppe, Zimmer 8, ist an jedem Mittwoch und Sonnabend von 10—1 Uhr für persönliche Rücksprachen geöffnet.

Reis. Kartoffelverkauf. Die Preise der Kartoffeln sind in den letzten Tagen für die Stadt von 100 bis 120 pro Sack und sollen Sonntag und Montag auf dem Bahnhof verkauft werden. Wer noch nicht die gesamte Ernte mit Kartoffeln versorgt ist, hat sich spätestens bis Donnerstag, den 11. d. Mts., anzuwenden, falls die Möglichkeit zu bestehen. Bei Entziffern der Kartoffeln werden die Interessenten an der Hand der Karte zur Abholung aufgefordert werden.

Reis. Der Gesangverein „Liedergesang“ hielt am Mittwoch seine gut besetzte außerordentliche Hauptversammlung ab. Sangesbruder Alfred W. H. eröfnete die Versammlung und teilte Sangesbruder W. W. J. zum Bericht vom Gange des Vereins. Sodann gab Sangesbruder Alfred W. H. den Geschäfts- und Kassenbericht. Es wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. An Stelle ausgeschiedener Vorstandmitglieder wurden wiedergewählt: Sangesbruder W. W. J. zum Vorsitz, Alfred W. H. zum 2. Vorsitz, Gust. Prohl, 2. Schriftführer; Ernst Kerich, 2. Kassierer; Prof. Wesley, Vermögensverwalter, und als Revisoren die Sangesbrüder Ernst Mattern, Heinz W. H. und Franz H. Der Monatsbeitrag wurde auf 5 Mark ab 1. Juli und das Eintrittsgeld auf 10 Mark erhöht. Die Satzung wurde dann noch einer Revision unterzogen und angenommen. Am Sonntag, den 11. Juni soll ein Ausflug nach Schönberg a. W. unternommen werden.

Aus dem Osten.

Stettin. Die Aussperrung auf dem Vulkan. Der Aufforderung der Vulkan-Direktion an die Arbeiter, am Montag früh wieder die Arbeit unter den von der Direktion diktierten Bedingungen aufzunehmen, ist von den Arbeitern nicht Folge geleistet worden. Nur die über 50 Prozent beschädigten Kriegs- und Unfallverletzten, welche gegen monatliche Lohnzahlung beschäftigt werden, sind mit Zustimmung der übrigen Arbeiterkassier zurückgekehrt, doch haben sie beschlossen, die Schwarzarbeiterbedingungen der Direktion nicht zu unterschreiben. Im übrigen ruht jede Arbeit auf der Werft.

Swinemünde. Zwei Pferde vom Blitz erschlagen wurden den Fuhrwerksbesitzern Bartelt und Stellmacher, die mit Anfahren von Raugholz beschäftigt waren. Bei dem starken Gewitter schlug der Blitz ein und tötete die beiden reichten Pferde vor dem vierspännig bespannten Wagen. Der Sohn des Stellmachers wurde durch den Aufbruch eine Strecke weit geschleudert, ist jedoch mit dem Schrecken davongekommen. Die beiden linken Pferde blieben merkwürdigerweise unverfehrt.

Rügnisberg. Ein tödlich verunglückt ist der 51 Jahre alte Droschkentreiber Gustav Hein. Als er abends gegen 9 Uhr von seinem Dienst nach Hause kam und nach seiner Wohnung hinaufgehen wollte, stürzte er so unglücklich die Treppe hinunter, daß er bewegungslos und der Sprache beraubt liegen blieb. Ohne die Sprache wiedererlangt zu haben, ist der Mann am nächsten Vormittag 11 Uhr gestorben. Der Unfall soll auf die nicht funktionierende Treppenbeleuchtung zurückzuführen sein.

Rügnisberg. Von der Elektrischen überfahren ist das dreijährige Töchterchen des Kapellmeisters der Oper Wilhelm Franz Reuß. Das Kind starb bald darauf an den erlittenen schweren Verletzungen.

Volkswirtschaftliches.

Die Zuckerproduktion Polens. Während der Zuckerkampagne 1921/22 waren in Polen 68 Zuckerfabriken tätig, und zwar in Kongresspolen 40, in Großpolen und Pommern 24 und in Klempolen 2. Die Produktion betrug: 171 201,4 Tonnen, und zwar in Kongresspolen 49 084,5 Tonnen, in Großpolen und in Pommern 118 788,5 Tonnen, in Klempolen 3928,0 Tonnen. Die Zuckerproduktion des Jahres 1921/22 beträgt kaum 67,3 Prozent der Vorkriegsproduktion. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 5,8 Kilo Zucker. Das mit Zuckerrüben bepflanzte Gebiet betrug im Jahre 1921 50,5 Prozent des Plantationsterrains aus der Zeit vor dem Kriege. In der Zuckerindustrie Polens macht sich der Mangel an Krediten stark bemerkbar, so daß die Zuckerfabriken Westpolens eine Anleihe im Auslande aufnehmen wollen (Frankreich). Die Nachfrage nach Bargeld ist so stark, weil große Zahlungen für Zuckerrüben geleistet werden müssen und sich die Notwendigkeit von Reparaturen in vielen Zuckerfabriken ergeben hat.

Eine französische Mäsegesellschaft in Deutschland. Die Versorgung der Städte, insbesondere der industriereichen Westens mit Frischmilch für Säuglinge und Kranke ist bekanntlich nicht hinreichend. Was sich jetzt in letzter Zeit am Niederrhein abspielt, ist geeignet, die vorhandenen Gefahren noch zu vergrößern. Im Kreise Mürs hat sich eine französische Mäsegesellschaft mit dem Hauptsitz in Köln niedergelassen zur Verwertung der Milch zu Gervaiskäse, also zur Herstellung einer Drogenware. Durch die Eröffnung der Fabrik in Mürs sind die Städte Duisburg, Essen, Oberhausen, Hamborn und Sterkrade insgesamt täglich um rund 8000 Liter Frischmilchlieferung gekommen. Die Gervais-M. G. entzieht nicht nur große Mengen der erzeugten Frischmilch der Bevölkerung. Sie treibt auch eine durchaus verwerfliche Preispolitik, indem sie der Landwirtschaft für die zu liefernde Milch über den Tagespreis hinausgehende Preise bietet. Ferner stellt sie die Rahmen zur Milchlieferung und bietet sich an, bedeutende Summen als Sicherheit für die Landwirtschaft auf einer Bank zu hinterlegen. Die Landwirtschaft haben zuerst die hohen Milchpreise eingestrichelt. Jetzt, nachdem es bereits zu spät ist, sehen auch sie ein, daß in der Verwirklichung des Vorhabens der Gervais-M. G. eine außerordentliche Gefahr für die allgemeine Volkswirtschaft liegt. Die freie Bauernschaft hat deshalb ihre Mitglieder aufgefordert, keine Milch an die Gervais-M. G. zu liefern.

Für 8,2 Milliarden neues Papiergeld. In der letzten Aprilwoche mußten zur Befriedigung der Ansprüche des Verkehrs an papierernen Zahlungsmitteln 8,2 Milliarden Mark Banknoten und Darlehnskassenscheine neu ausgegeben werden. Es sind jetzt für 140,4 Milliarden Mark Banknoten und für 9,1 Milliarden Mark Darlehnskassenscheine im

Beilage. — Der Reichsanwalt Dr. ... hat ... den Staat ...

Aus aller Welt.

Frankfurt am Main. Im Rheinischen ... wurde in der Nacht zum Dienstag ...

Frankfurt am Main. Zwischen den Stationen ... und ... wurde ein ...

Frankfurt am Main. Ein ... wurde ...

Veranstaltungs-Anzeiger

- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Elektriker. Heute, Mittwoch, den 10. Mai, abds. 7 Uhr in der ...
- Berein Arbeiterjugend, Schillich. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, in der ...
- SPD. 8. Bezirk. Donnerstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr in ...
- Jungsozialistengruppe. Donnerstag, den 11. d. M., 7 Uhr abends in der ...

Stabsberatungen im Roten Hause.

Die Rinder- und Waisenhaus-Felonen. — Erhöhtes von der Sitzung der Straßenreinigung. Die Gegenüberstellung für das Stadttheaterpersonal.

Die gährige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich wieder einmal mit dem Rinder- und Waisenhaus Felonen. Stadtv. Frau Sen brachte verschiedene Beschlüsse vor, und beantragte, die Rinder- und Waisenhaus Felonen zu besetzen. Nach längerer erregter Aussprache lehnte die Bürgerliche Mehrheit die Besetzung der unheilbaren Zustände ab. Nicht einmal die für die Anstalt, die 120 Kinder beherbergt, überlieferten Hausangehörigen wurden bewilligt. Eigentümlich ist, daß die Stadt fast die gesamten Kosten der Anstalt aufbringt, aber so gut wie gar keinen Einfluß auf die Verwaltung des Waisenhauses hat. Der Etat der Straßenreinigung gab Veranlassung, verschiedene Wünsche vorzutragen. Zum Schluß der Sitzung gab es noch eine längere Theaterdebatte, bei der die ungenügende Bezahlung der Künstler eine große Rolle spielte.

Das anfangs nur schwach besetzte Haus nahm nach Eröffnung der Sitzung zunächst den Bericht über die Prüfung der Rechnungen der städtischen Sparkasse entgegen. Es wurde alles in bester Ordnung befunden. Verschiedene Wahlen an Armen- und Waisenspflegern wurden nach den Vorschlägen des Wohlfahrtsausschusses vollzogen. Die Jahresrechnungen des Stadttheaters für 1919 und der Feuerwehr für 1918 wurden ohne Debatte entlassen.

Die Feuerfestigung der Gewerbetreibenden, der Grund- und Gebäudebesitzer wurde auf Antrag Dr. Hermanns (D. P.) vertagt, weil es dem Stadtv. nicht möglich war, sich in der kurzen Zeit eingehend zu informieren, und weil die Handelskammer nicht gutwillig gehört worden ist. Dr. v. Prof. Dr. Max Perlbach-Berlin der Stadt Danzig vermachte die Büchereifabrikation wurde angenommen.

Die Spinnweben in der Röhre.

Es fanden ab dann einige Haushaltungspläne für 1922 zur Beratung. Gleich der erste, der des Rinder- und Waisenhaus Felonen,

fährte zu einer zweifelhafte erregten Aussprache. Stadtv. Frau Sen (D. P.) rügte in längeren Ausführungen die mangelnde Sauberkeit der Anstalt. Bei einer Besichtigung der Anstalt hat Rednerin Spinnweben am Küchentisch und Käsendeck in den Speisevorräten gefunden. Schuld daran sei das Fehlen von erwachsenen Hausangestellten. Den Inspektoren sei es nicht möglich, nur mit Hilfe der Kinder, 180 Waiseln in Ordnung zu halten. In der Küche seien so gut wie gar keine Küchengeräte vorhanden. Die Verhältnisse des Rinder- und Waisenhauses bildeten kein Ruhmesblatt für die Danziger Frauenbewegung. Rednerin wies ferner auf die ungenügende Bezahlung der in der Anstalt tätigen Personen hin. Die Inspektorenbehalte erhalten pro Monat nicht einmal 1000 Mark Lohn. Von den 748 000 Mark Kosten der Anstalt bringt die Stadt Danzig 629 000 Mark auf, so daß Felonen selbst nur etwa 50 000 Mark aufbringt. Um so bedauerlicher sei es, daß die Stadt so geringen Einfluß auf die Leitung der Anstalt hat. Die Vorsteher der Anstalt haben es jedoch nicht für nötig befunden, die zwei von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Frauen zu den Beratungen hinzuzuziehen. Der Gesundheitszustand der Kinder sei gut. Rednerin beantragt, 1. Schließung der Waisenhausküche; 2. Anstellung einer Wirtschaftlerin; 3. Einstellung von 4 Hausangestellten; 4. Hinzuziehung der beiden weiblichen Stadtverordneten zu den Beratungen der Vorsteher.

Stadtv. Fr. Mayer (Dmitl.) hat die Anstalt ebenfalls besucht und alles in Ordnung gefunden. Die Sauberkeit sei durchaus angemessen. Die Kinder seien gut genährt und sauber gekleidet. Das Inspektionschepaar sei jedoch mit Arbeit zu stark belastet.

Senatsvertreter Dr. Mayer hat bei einem Besuch in der Anstalt Unsauberkeit nicht bemerkt. Frau Sen habe die Anstalt das ganze Jahr nicht besucht, bis am Tage vor der Stabsberatung. Die in Felonen tätigen Personen seien mit ihrem Lohn zufrieden.

Stadtv. Fallenberg (Dmitl.) wandte sich gegen die beantragte Aufhebung der Anstaltsküche. Der Weg nach Ostwa sei zu weit.

Senatsvertreter Dr. Mayer erklärte, daß die Schließung der Küche Schwierigkeiten macht, weil die Gemeinde Ostwa dann einen Schulneubau errichten muß, dessen Kosten Danzig tragen müßte.

Stadtv. Gebauer (D. P.) bekräftigte die Wahrnehmung der Stadtv. Frau Sen.

Stadtv. Frau Sen (D. P.) erwiderte auf die Ausführungen des Fr. Mayer, daß mit dem guten Gesundheitszustand der Kinder noch nicht alles getan ist, die Kinder brauchen auch Freude. Es sei bedauerlich, daß Dr. Mayer stets als Beschützer der Anstaltsvorsteher antritt. Die übrigen sozialen Einrichtungen der Stadt, insbesondere die Frauenherbergen böten ein trauriges Bild.

Stadtv. Max (D. P.) verlangte Übernahme der Anstalt durch die Stadt. Es sei eine Schande, daß in der Nähe der Stadt 75 Kinder noch in einer zweifelhafte Schule unterrichtet werden und daß die Vorsteher der Anstalt Einfluß auf die Schulbildung der Waisenkinder haben.

Senator Dr. Strunk entgegnete, daß die Schule als Heimatschule zu betrachten sei. Ueber die Befestigung der Schreien entscheide der Senat, der auch die Aufsicht über die Schule ausübe.

„Nur Kleinigkeiten!“

Stadtv. Frau v. Korfleisch (Dmitl.) vertrat den Standpunkt, daß die Hauptsache sei, daß die Kinder gesund und fröhlich sind. Spinnweben seien Kleinigkeiten, die überall vorkommen können. Frau Sen hätte besser getan, ihre Bemerkungen dem Ausschuss zu unterbreiten.

Stadtv. Frau Sen (D. P.) trat der Rednerin sehr stark entgegen, was der Redner zu erregten Zwischenrufen Anlaß gab. Dadurch, daß sie damals vom Kommerzienrat Steg aus der Anstalt hinausgewiesen worden sei, sei die gesamte Stadtverordnetenversammlung brüskiert worden.

Stadtv. Frau Richter (D. P.) betonte, daß verschiedene Vorschläge der Stadtv. Frau Sen berechtigt sind.

Stadtv. Frau Senke (D. P.) verlangt, daß in der Anstalt Hausangestellte beschäftigt werden.

In der Abstimmung wurden die ersten drei Anträge Frau abgelehnt. Angenommen wurde jedoch, gegen die Stimmen der Deutschnationalen Fraktion, der Antrag, daß die zwei weiblichen Stadtverordneten zu den Beratungen der Vorsteher hinzugezogen werden.

Die Geschäftsspanne des Oberinspektors.

Beim Etat der Straßenreinigung verlangte Stadtv. Roggenbuck (D. P.), daß haubfreie Müllabfuhrwagen angeschafft werden. Redner beantragte, daß dem Oberinspektor Viehste Pferd und Wagen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Straßenbahnkarte genüge. Weiter solle der Senat den Leiter der Straßenreinigung, der noch immer den Titel Branddirektor führe, veranlassen, seine Dienststunden inne zu halten.

Stadtv. Fr. Korf (D. P.) war der Meinung, daß der Oberinspektor das Fuhrwerk zum Ueberlandfahren gebrauche. (Burs: Steht jeden morgen hundlang vor Viehste auf dem Polmarkt!) Die Straßen in den Industrievierteln müßten besonders gründlich gereinigt werden.

Senator Jansson führt aus, daß Eisner mit dem Titel Branddirektor angestellt worden ist. Eisner verlange Beibehaltung des Titels oder Ersatz durch einen gleichwertigen. Der Ausschuss habe dem Oberinspektor Pferd und Wagen bewilligt.

Stadtv. Lange (Dmitl.) erklärte, daß es menschlich doch verständlich sei, wenn A. das Restaurant Viehstein aufsuche, um Geschäfte abzuschließen.

Stadtv. Kunze (D. P.) betonte, daß es großer Unfug ist, daß der Fuhrer das Fuhrwerk jeden Morgen zwei Stunden auf dem Polmarkt parkieren läßt.

Stadtv. Vansemer und Habel (Dmitl.) wünschten, daß die Stadt auch die Reinigung der Bürgersteige übernimmt.

Stadtv. Braun (D. P.) trat für eine bessere Reinigung des an der Wasserseite gelegenen Teiles des Fischmarktes ein.

Stadtv. Frau Sen (D. P.) und Stadtv. Dr. Thun (D. P.) forderien die Einführung geschlossener Müllabfuhrwagen.

Stadtv. Ewert (D. P.) wies darauf hin, daß die Abfuhr des Mülls am besten geregelt werde durch Einführung der Einheitsmüllkästen.

Die Aussprache war damit beendet. Der Antrag der D. P. an Stelle des Titels Branddirektor Referent zu setzen, wurde abgelehnt, ebenso eine Entschädigung, in der Referent Eisner zur Innehaltung seiner Dienststunden angehalten und Sperrung des Jagdwagens für den Oberinspektor Viehste gefordert wurde. Der Etat wurde hierauf angenommen.

Erhöhung der Theatergagen.

Der Senat beantragte, den Mitgliedern des Solo-, Ballett-, Chor-, Orchesters, des technischen und Bureaupersonals des Stadttheaters ab 1. Mai bis Ende der Spielzeit eine widerrufliche Teuerungszulage von 800—730 Mark zu bewilligen, das Gehalt des Theaterdirektors Schaper von 60 000 auf 75 000 Mark zu erhöhen und die Kosten, etwa 250 000 Mark aus allgemeinen Mitteln zu decken.

Stadtv. Scheller (Dmitl.) lehnte die Vorlage ab. Das Theater müsse sich selbst erhalten, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln kämen nicht gegeben werden.

Stadtv. Rahn (D. P.) wünscht vom Senat Auskunft darüber, ob mit dem Theaterpersonal über die Forderungen verhandelt und ein Einverständnis erzielt worden ist. Nach seiner Kenntnis hätte das Theaterpersonal 1500 Mark Zulage gefordert.

Senator Dr. Strunk antwortete, daß zwar höhere Forderungen gestellt wurden, diese jedoch bei Verhandlungen ermäßigt wurden, um das Theater lebensfähig zu erhalten. Die Eintrittspreise könnten nicht soweit erhöht werden, daß die Allgemeinheit das Interesse am Theater verliert.

Stadtv. Dr. Thun (D. P.) betonte, daß das Theater sich nicht selbst erhalten kann. Man dürfe das Theater nicht als Vergnügungstätte, sondern als Kulturstätte betrachten.

Zusammenschluß der Freikatholiker ist notwendig.

Stadtv. Sen. Arczynski erklärte, daß die Sozialdemokratische Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Es sei bedauerlich, daß die Forderungen nicht in voller Höhe bewilligt werden konnten. Ueber den Zusammenschluß des Danziger und Zoppoter Stadttheaters ist noch manches zu sagen. So lange sich der Freistaat den Luxus mehrerer Theater leistet, wird der Ausbau des Theaters Schwierigkeiten machen. Das Theater muß als Kulturunternehmen erhalten bleiben, deshalb muß die Allgemeinheit die Mittel aufbringen. Wir werden jetzt der Vorlage zustimmen und erwarten, daß in Kürze die gesamten Theaterverhältnisse von Grund auf geändert werden.

Stadtv. Frau v. Korfleisch (Dmitl.) führte aus, daß die Mehrheit der Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Das Theater weise gute Leistungen auf.

Die ungenügende Bezahlung der Künstler.

Abg. Rahn (D. P.) war von der Antwort des Senators nicht befriedigt. Die Künstler hätten den Wunsch gehabt, mit dem Senator Dr. Strunk zu verhandeln. Der Wunsch sei jedoch nicht erfüllt worden. Die Aufbesserung der Gage sei dringend notwendig. Die Monatsgagen der Solokräfte betragen 1800 bis 3000 Mark. Davon muß noch erklaffige Garverbe beschafft werden. Es sei schief, daß sich das Publikum auf Kosten der Künstler Kaufkraft verschafft. Der 1. Capell-

meister erhält 3000 Mark, der zweite 2300 Mark monatlich. Diese ungenügende Bezahlung muß grundlegend geändert werden. Das Theater muß erhalten bleiben. Den Künstlern muß aber ein Einkommen gesichert werden, daß sie davon leben können. Redner beantragt, die Angelegenheit zu vertagen. Bei den neuen Verhandlungen soll dann ein Weg gefunden werden, der beide Teile befriedigt.

Senator Dr. Strunk erwiderte, daß im Oktober in eine neue Gehaltsregelung eingetreten werden kann.

Stadtv. Blatter (D. P.) führte aus, daß im Herbst die Preise für Dauerarten erhöht werden können, dann könnten auch die Künstler befriedigt werden.

Stadtv. Kunze (D. P.) trat für Annahme der Vorlage ein, damit die Künstler schnellstens in den Genuss der Zulage kommen.

Stadtv. Dr. Thun (D. P.) wies darauf hin, daß die Künstler des Stadttheaters über allerlei Nebenmaßnahmen verfügen.

Stadtv. Sen. Arczynski betonte, daß das Chorpersonal besonders schlecht bezahlt wird. Eine Aufbesserung der gesamten Gagen sei notwendig. Wenn die Wirtschaftliche Kommission der Künstler den Wunsch hat, mit dem Theaterauschuss zu verhandeln, so ist dieser stets dazu bereit. Es ist zweckmäßig, diese Vorlage jetzt zu verabschieden; das Stadttheaterpersonal kann sofort neue Forderungen stellen, über die dann verhandelt wird. Wenn Arbeiter des Stadttheaters größere Einnahmen haben, als die Künstler, so liegt das daran, daß ersteren die Ueberstunden bezahlt werden müssen.

Stadtv. Rahn (D. P.) führte aus, daß die Nebenverdienste der Künstler sehr mäßig sind und machte dann bunte Andeutungen über die Behandlung der Hausangestellten durch Dr. Thun.

Nachdem Dr. Thun erklärte, daß er dem Stadtv. Rahn Gelegenheit geben werde, an anderer Stelle über die Behandlung der Hausangestellten anzufangen, wurde die Aussprache geschlossen.

Der Vertagungsantrag Rahn wurde abgelehnt, die Vorlage des Senats ohne Widerspruch angenommen.

Gegen 5/2 Uhr wurde die öffentliche Sitzung vertagt.

Danziger Nachrichten.

Neue Lohnhöhung im Baugewerbe.

Im Baugewerbe sind mit Wirkung ab 5. Mai folgende neue Lohnsätze in Kraft getreten:

Für den Maurer ein Stundenlohn von 18,55 Mk., für den Zimmerer von 18,55 Mk., für den Zementfacharbeiter von 18,55 Mk., für den Einsteiger für Beton von 18,55 Mk., für den Zementarbeiter von 18,20 Mk., für den Baustiftsarbeiter von 17,90 Mk., für den Erb- und Tiesbauarbeiter von 17,40 Mk., für den jugendlichen Arbeiter von 15—17 Jahren von 15 Mk., für den jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren von 12,20 Mk. An Geschirrgeld ist zu zahlen: an den Zimmerer 20 Pf. pro Stunde, an den Maurer 20 Pf. pro Stunde. Die Polster erhalten einen Wochenlohn von 1070 Mk., die Werkmeister 1008 Mk., die Schichtmeister 1009 Mk. Der Polster erhält somit einen Stundenlohn von 23,20 Mk., der Werk- und Schichtmeister 21,75 Mk. Für Ueberstunden ist vom 5. Mai ab zu zahlen: für die erste Ueberstunde nach Arbeitslohn 7 Prozent, für jede weitere Ueberstunde 10 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent, für Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 60 Prozent, bei Wasserarbeiten 10 Prozent, für Karbolinumarbeit für mehr als Tagesdauer 10 Prozent, für Arbeit in ausgetrockneten Schächten in einer Tiefe über 8 Meter (Kanalisation und Sektbrunnen) 10 Prozent des jeweiligen Stundenlohnes.

Ferner ist das an die Arbeitnehmer ab 20. April d. J. zu zahlende Fahrgehalt wie folgt neu geregelt und festgesetzt: Jeder Arbeitstunde hat sich in der inneren Stadt Danzig zur Arbeit ohne Anspruch auf Fahrgehalt zu stellen. Arbeitnehmer, die über 1 Kilometer außerhalb der Tore der Stadt auf eine Baustelle versetzt werden, haben Anspruch auf das Fahrgehalt A Klasse bis zu der Baustelle zunächst gelegenen Eisenbahn- resp. Dampferhaltestelle. Arbeitstunde, welche auf einer Baustelle um Arbeit vorkommen und eingestellt werden, haben, wenn die Baustelle außerhalb der 1-Kilometer-Zone vor den Toren der Stadt Danzig liegt, Anspruch auf dieselbe Fahrgehaltvergütung. Die gleiche Fahrgehaltvergütung ist auch an die Beihilfen zu zahlen.

Zusammenlegung der Versorgungsämter. Das Versorgungsamt Danzig ist in dem Hauptversorgungsamt Danzig aufgegangen. Es besteht daher im Freistaat Danzig nur noch das Hauptversorgungsamt Danzig. Sprechstunden am Mittwoch und Sonnabend von 9—1 Uhr, Kassenstunden täglich von 8 1/2—1 Uhr. Alle Anträge usw. müssen fortan mit der Anschrift „An das Hauptversorgungsamt Danzig“ versehen sein.

Der Postverkehr im Freistaat. Der Postverkehr auf dem Danziger Postfachamt des Freistaates hat sich erheblich verbessert, seitdem die Beschränkungen im Verkehr mit Deutschland aufgehoben sind. Die Zahl der Postfachkunden betrug Ende 1920 3682 und stieg Ende 1921 auf 3895. Das Guthaben stieg von 16 891 000 Mark auf 28 269 000 Mark. Im Jahre 1920 erfolgten 314 853 Einzahlungen auf Zahlkarte und im Jahre 1921 betrug die Zahl 369 518. Im Jahre 1920 erfolgten 525 017 Guthabenschriften, im Jahre 1921 611 636. Die Lastschriften stiegen von 516 076 auf 609 689. Der Umsatz stieg von rund 1621 Millionen auf 2950 Millionen Mark. Bei der Zunahme der Guthabenschriften ist allerdings zu berücksichtigen, daß sie in der Hauptsache auf die Währungsverschlechterung zurückzuführen ist. Der Zahlungsverkehr zwischen Danzig und Polen wird durch die polnischen Banken in Danzig wahrgenommen.

Danziger Nachrichten.

Die Gewerkschaftskongress-Wahl im Metallarbeiterverbande.

Am Sonntag und Montag fand im Deutschen Metallarbeiterverband die Delegiertenwahl zum Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Leipzig statt. Die Verwaltungsstelle Danzig bildete mit der Verwaltung Moskau einen Wahlbezirk. Aufgestellt waren Franz Arczynski-Danzig, Eduard Schmidt-Danzig und Wenzel und Müller in Moskau. In der Danziger Verwaltungsstelle haben Stimmen erhalten:

Arczynski	894
Schmidt	487
Wenzel	3
Müller	1

An der Wahl haben sich insgesamt von 4500 Mitgliedern 765 beteiligt, oder 17 Prozent. In den einzelnen Bezirken ist das Stimmenverhältnis wie folgt:

1. Bezirk, Schibitz:	Schmidt	80	Arczynski	18
2. Bezirk, Langfuhr:	Schmidt	60	Arczynski	44
3. Bezirk, Innenstadt:	Schmidt	208	Arczynski	142
4. Bezirk, Niederstadt:	Schmidt	48	Arczynski	65
5. Bez., Neufahrwasser:	Schmidt	26	Arczynski	21
6. Bezirk, Oliva:	Schmidt	2	Arczynski	12
7. Bezirk, Zoppot:	Schmidt	8	Arczynski	7
8. Bezirk, Hensbude:	Schmidt	10	Arczynski	14
9. Bezirk, Ohra:	Schmidt	29	Arczynski	21

In Moskau sind nach vorläufigen Meldungen abgegeben für den gewerkschaftlichen Kandidaten Arczynski 880 und für den kommunisten Schmidt 221. Die Mitglieder in Moskau haben fast durchweg für die Danziger Kandidaten gestimmt. Die Zahlen für die Moskauer Kandidaten stehen von dort noch aus. Soweit diese noch nicht endgültigen Resultate eine Feststellung zulassen, hat Arczynski also insgesamt 694 und der Kommunist Schmidt 648 Stimmen erhalten. Arczynski wäre demnach gewählt. Die Resultate sind vorerst jedoch ohne Gewähr, da die endgültige Feststellung erst durch die Zentralwahlleitung in Stettin erfolgt.

Das Ergebnis der Wahl in Danzig wird alle auf praktische Arbeit eingestellten Gewerkschaftler nicht befriedigen können. In der schwachen Wahlbeteiligung kommt ein außerordentlich mangelhaftes Interesse der Mitglieder an der Verbandsarbeit zum Ausdruck. Sonst hätte es auch diesmal nicht mehr vorkommen können, daß die Kommunisten mehr Stimmen erhalten als der Gewerkschaftskandidat. Zwar hat die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung den Vorprung der Kommunisten bei der letzten Wahl zum Verbandstag um 50 Stimmen verringert, doch hätte die jetzige Wahl, wenn alle gewerkschaftlich orientierten Mitglieder des Verbandes ihre Pflicht getan hätten, auch in Danzig zu einem Erfolg der Amsterdamer Richtung werden müssen. Die Kommunisten haben auch diesmal wieder ihre letzten Mannen zur Wahlurne geschleppt, während die übrigen Mitglieder zum größten Teil passiv verblieben. Es mag sein, daß der größte Teil der Gewerkschaftler sich in Richtungsfreistatigkeiten noch immer bewegen passiv verhält, weil ihm die Betätigung durch die kommunistische Madapolnerei verweigert worden ist. Wenn es mit den Gewerkschaften jedoch vorwärts gehen soll, darf dies unmöglich so bleiben. Gerade erst durch die Untätigkeit der Gewerkschaftsmehrheit wird den kommunistischen Quertreibern das Handwerk erleichtert und diese immer wieder zu ihrer zersplitternden Tätigkeit ermuntert. Die Gewerkschaftler, die abstecken bleiben, tragen somit selbst die größte Schuld, daß die Gewerkschaftsarbeit nicht fruchtbringender gestaltet werden kann. Es wäre im Interesse der Gesundheit des Metallarbeiterverbandes besser gewesen, die sozialdemokratischen und unabhängigen Mitglieder hätten sich diesmal endlich aufgerafft, um durch eine überwältigende Abstimmung der vorerwähnten Entwicklung des Verbandes die Wege zu weisen. Nur durch Passivität und verhängnisvolle Wechselschuldigkeit haben die Kommunisten in Danzig wieder die Stimmenehrlichkeit errungen, daß dieses Resultat bei tatkräftiger Arbeit der Amsterdamer Richtung hätte vermieden werden können, zeigt einmal das erfreuliche geschlossene Auftreten der Moskauer Kollegen und nicht besonders auch das Resultat in Breslau. Dort erhielt die SPD-Liste 1113 Stimmen gegenüber nur 263, die auf den kommunistischen Kandidaten entfielen. Wenn in Moskau, Breslau und den übrigen Orten durch die unabhängige Aufklärungsarbeit die kommunistischen Zersplitterungsapostel gebannt worden sind,

Zoppoter Stadttheater.

„Die Försterkristall“.

Des früh verstorbenen Jarno melodienfreundige Wiener-Wald-Operette gehört zu Direktor Normanus Reper-toire, das sich mit Kraft und nicht ohne Erfolg bemüht, selbst auf diesem Niveau zu halten. Aber diese sympathisch fittigste Geschichte des Försterabtes im Glorionshaine des feischen Franz-Kaiserchens ist noch allemal erträglicher als die Mehrzahl der heutigen Warenhaus-Operetten, und der von Strauß und Müllner arg bepatete Georg Jarno ist weit weniger unangenehm, als die von Bar- und Jagdbanditen vollgejagten komponierenden Eintagsfliegen.

Es kann dem Kapellmeister Ernst Runge wenig Vorwurf gemacht werden, wenn er gestern nicht immer Wiener Musik machte; doch hielt er sonst Verbindung und zeigte einiges Temperament, das er mehrfach in Kraftäußerungen zu kennzeichnen für nötig hielt. Die Aufführung bot vielfach Freudenreiches. Sie war als Ehrenabend für Georg Feldmann gedacht, der in seiner Rolle nur wenig Gelegenheit zur Entfaltung fand, ihm aber vom vollbesetzten Hause zahlreiche Beweise der Beliebtheit und Anerkennung in jeder Form eintrug. Von den übrigen Darstellern ragte Ami Runner, geistlich etwas freier als sonst, durch die muntere Art ihrer Darstellung neben Karl Walentin und Heinz Steinbrecher, der sich auch als isentlicher Leiter bewährte, merklich hervor.

solte das auch in Danzig möglich sein. Soffensia geben die Danziger Metallarbeiter aus dieser Wahl endlich die notwendigen Lehren und raffen sich für zukünftige Entscheidungen aus ihrer Gleichgültigkeit auf. Der Schaden, den der Metallarbeiterverband durch die rückrige kommunistische Belle bisher erlitten hat, ist groß genug, um es nicht so weiter gehen zu lassen.

Abschluß der Bewegung auf der Danziger Werft.

Abschluß der Bewegung auf der Danziger Werft. Die am Sonnabend, den 6. Mai vorgenommene Urabstimmung über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der eine 25 bis 30 prozentige Erhöhung der Grundlöhne vorsah, hat nicht die für einen Streit nötige Mehrheit der Arbeitererschaft erbracht, der Schiedspruch gilt somit als angenommen. Die Vorstände der Gewerkschaften, die am Tarifvertrag beteiligt sind, haben darauf mit der Verflechtung am Dienstag von 10 bis 1 Uhr mittags konferiert und eine Regelung dahin vereinbart, daß die Schiedspruchlöhne folgende Aufzählung mit sogenannten Fachzulagen, die der Schiedspruch nicht vorgesehen hatte, erfahren:

	Grundlohn nach dem Schiedspruch.	Grundlohn nach der Regelung.	Mehr als bisher.
Vorarbeiter	11,27	11,50	2,20
Gelernte Arb. ab. 24 J.	11,—	11,—	2,20
20—24 „	10,62 1/2	10,70	2,20
unter 20 „	10,25	10,30	2,10
Angelernte Arb. ab. 24 „	10,50	10,60	2,20
20—24 „	10,12 1/2	10,20	2,10
unter 20 „	10,—	10,—	2,—
Frauen	6,24	6,30	1,50
	5,20	5,20	1,20
	4,55	4,60	1,10
Jugendliche	2,99	3,—	0,70
16 „	4,03	4,10	1,—
17 „	4,91	4,90	1,20
18 „	5,85	5,90	1,40
19 „	6,89	6,90	1,60
20 „	7,80	7,7	1,80
Zulagen für dauernde Lohnarbeiter.			
Gruppe I	2,60	3,—	1,—
Gruppe II	2,34	2,40	0,60
Gruppe III	1,82	2,—	0,60

Die Nachzahlung erfolgt ab 1. Mai 1922 in der Weise, daß 30 Proz. Akkorddurchschnittsverdienst nachgezahlt werden. Denjenigen Abteilungen, die im Durchschnitt mehr als 30 Prozent verdient haben, wird der Durchschnitt ihrer Werftstatt wie im April gewährt. Die soziale Zulage von 0,50 Mk. für jedes Kind und Frau bleibt bestehen. Außerdem erhalten eine besondere Fach-(Montur-)Zulage: Polzarbeiter 1,50 Mk., Former 1 Mk. Mit dieser Vereinbarung ist die augenblickliche Lohnbewegung auf der Danziger Werft abgeschlossen.

Die Baukosten der Lungenheilstätte Jenkau

Betragen nach einer Zusammenstellung des Senats etwa acht Millionen Mark; davon sind bisher 2 Millionen Mark durch Sammlungen aufgebracht worden. Der Staat wird demnach etwa 6 Millionen Mk. Baukostenzuschuß leisten müssen. Bereits im Rechnungsjahr 1921 ist im Etat der Gesundheitsverwaltung die 1. Rate in Höhe von 1 Million Mark eingestellt worden. Um die Bauarbeiten jedoch beschleunigt in Angriff nehmen zu können, werden jetzt weitere 2 Millionen Mark dringend benötigt. Falls der Bau im Jahre 1922 noch soweit gefördert werden sollte, daß Aufwendungen aus der in dem Haushaltsplan für 1923 einzufließenden Subvante von 3 Millionen Mark erforderlich werden, sollen diese vorstufweise verausgabt werden.

Bezüglich des zukünftigen Betriebs der Anstalt, der von einem durch den Vorstand des „Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose im Gebiete der Freien Stadt Danzig“ ernannten Verwaltungsausschuß geleitet werden soll, ist zu bemerken, daß mit einer Einnahme von 2140 000 Mark aus Kur- und Verpflegungskosten sowie Ueberschuß des Garten- und Landwirtschaftsbetriebes gerechnet wird. Die Ausgaben werden ungefähr 2080 000 Mark betragen, so daß ein jährlicher Reibetrag von 840 000 Mark entsteht. Von dieser Summe hofft der Verein etwa 200 000 Mark zu decken, den Rest von 660 000 Mark wird der Staat tragen müssen.

Schulbehörde und gesetzliche Angestelltenausschüsse.

Der Hausmeisterverein der bei der Schulverwaltung angestellten Hausmeister hatte durch den Angestelltenausschuß und den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mehrere Anträge an den Senat gestellt, welche am 3. Mai 1922 verhandelt werden sollten. Einige nicht dem Verein noch der Organisation angehörigenden Hausmeister verlangten, an den Verhandlungen teilzunehmen. In ihrem Antrage erklärten sie, daß sie aus nationalen Gründen nicht dem Verein angehören könnten. Die Verwaltung kam diesem Verlangen nach und lud die unorganisierten Hausmeister zur Teilnahme an den Verhandlungen ein. Die rechtmäßig gewählten Vertreter der Hausmeister erhoben eingangs der Verhandlung Protest gegen die Anwesenheit des Vertreters der nicht organisierten Hausmeister, zumal ihr Vertreter, Herr Normanus, kaum zu Verhandlungen geeignet ist. Als K. noch Mitglied des Vereins und des Verbandes war, wurde er als Teilnehmer der Verhandlungen mit der Verwaltung vorgeschlagen. K. lehnte jedoch ab mit der Begründung, daß er einen Kopfschuß erhalten habe und deshalb nicht in der Lage sei, derartigen Verhandlungen zu folgen.

Die ordnungsgemäß gewählten Vertreter der Hausmeister erklärten, daß nur dem nach der Verordnung vom 23. 12. 18 gewählten Angestelltenausschuß und der wirtschaftlichen Vereinigung der Hausmeister das Verhandlungsrecht zustehe. Als der Leiter der Verhandlungen, Prof. Steinbrecher, diesem Antrage nicht stattgab, verließen die rechtmäßigen Vertreter der Hausmeister die Sitzung.

In einer am Sonntag abgehaltenen Hausmeister-Versammlung wurde gegen dieses Vorgehen der Schulverwaltung protestiert und eine dementsprechende

Entscheidung erlassen. Auch die Vorsitzendenmitglieder des Angestelltenausschusses der Gruppe 8 verurteilten dieses Vorgehen des Senats.

Sommerzeit und Schulen.

Eine Eingabe der Lehrerkammer für höhere Schulen um Einführung der Sommerzeit hat im Hauptaus-schuß des Volkstages eine geteilte Stellungnahme gefunden. Während man auf der einen Seite die Zweckmäßigkeit der Sommerzeit rückhaltlos anerkannte, wurde von der anderen ein Nutzen der Sommerzeit für die Allgemeinheit bestritten. Der Antrag des Lehrerkamers, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen, wurde angenommen, nachdem der von einem anderen Abgeordneten gestellte Antrag, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen, abgelehnt worden war.

Es ist nun sehr interessant, die Gutachten kennen zu lernen, die die englischen Schulbehörden über den Einfluß der dort beibehaltenen Sommerzeit auf die Gesundheit der Kinder erstattet haben. 188 Schulkamern sprachen sich für die Sommerzeit aus, 89 dagegen, 27 nahmen eine unentschiedene Stellung ein. Der wichtigste Grund, der gegen die Sommerzeit vorgebracht wurde, war der, daß die Kinder, besonders in Arbeiterkreisen, nicht genug Schlaf haben, weil die Stunde, die durch das frühere Aufstehen für den Schlaf verloren geht, nicht durch das frühere Zubettgehen ausgeglichen wird. Daran sind hauptsächlich die Wohnungsverhältnisse bei den Arbeiterfamilien schuld.

Senatoren-Dankvisite. Auf der Durchreise durch Bern nach Genf hat der Danziger Senatspräsident beim Bundespräsidenten der Schweiz einen Besuch abgestattet, um ihm für die vielfache Gastlichkeit und die Unterstützung der Schweizer Behörden seinen Dank auszusprechen.

Ein Unfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 8 Uhr auf der Grünen Brücke. Beim Schließen der Brücke, nach Durchfahrt eines Dampfers, geriet ein 10—12jähriger Knabe mit einem Bein zwischen die Brückenklappen. Er erlitt eine erhebliche Quetschung und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden. Wenn auch der Unfall auf die Fahrlässigkeit des Knaben zurückgeführt werden kann, so muß doch dafür Sorge getragen werden, daß die Passanten durch hinreichende Abperrungen gegen solche Unfälle geschützt werden und nicht, wie es häufig beobachtet werden konnte, zum Herunterdrücken der Brückenklappen herangezogen werden. Solange wie die Brücke nicht ordnungsgemäß gerichtet ist, darf die Brücke, vor allen Dingen nicht für Kinder, zum Passieren freigegeben werden.

Eine dunkle Geschichte. Wegen Diebstahls an zwei Brief-taschen hatte sich ein Danziger Bürger vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte und zwei weitere Mitgeher, denen die Brieftaschen verschwunden sind, wissen von der Sache nur soviel, daß sie zusammen knetpiefen und un-mäßig betrunken nach Hause gingen, und daß sich am nächsten Tage herausstellte, daß die Brieftaschen fehlten. Ein Polizeibeamter bekundete, daß er auf der Straße nachts eine dunkle Erscheinung auftraf, die sich bewegte. Als er näher kam entdeckte er, daß das drei Personen waren, die dort betrunken aufeinanderlagen. Der Angeklagte erhob sich zuerst und hatte eine Brieftasche in der Hand. Er sagte zu einem anderen Herrn: Da nimm deine Brieftasche, sonst sagst du nachher noch, ich habe sie dir geklaut. Allmählich erhoben sich die drei und wandten nach Hause. Das Verdict kam zur Freisprechung des Angeklagten, da für einen Diebstahl kein Beweis vorliegt.

Polizeibericht vom 10. Mai 1922. Festgenommen: 12 Personen darunter 1 wegen Verdachts des Diebstahls, 1 wegen Verdachts der Heisterel, 2 wegen Verdachts der Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, 1 wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Zechprellerei, 4 in Polizeihaft; obdachlos 1 Person.

Zeitschriftenchau.

Karl Marx: „Die Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Association“. Uebersetzt von Luise Kautsky. Herausgegeben und kommentiert von Karl Kautsky. 1922. F. S. W. Diez Nachf., Stuttgart und Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. (10 Mk.)

Der Geist der ersten Internationale ergründet nur der, der sich in das Studium der Marx'schen Inauguraladresse versenkt. Die großen sozialistischen Grundgedanken, die elementarfräftig die Manifeste und Beschlüsse der ersten Internationale befecht haben, entströmen dieser Adresse: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine tiefgreifende Arbeiterkassenorganisation und durch eine staatlich unterstützten Genossenschaftswesen, den Aufbau der gesamten auswärtigen, bisher von der Geheimdiplomatie geleiteten Politik auf einer neuen von der Arbeiterklasse geschaffenen Rechtsgrundlage. Zum ersten Male gibt Karl Kautsky das Marx'sche Programm der Internationale als selbständige, besondere Schrift heraus, und es erscheint in einer neuen, von der Genossin Luise Kautsky angefertigten Uebersetzung. Jeder anstrebende deutsche Arbeiter muß sich diese theoretisch und faktisch bahnbrechende Schrift, die vom Verlage „Vorwärts“ trefflich ausgestattet ist, zu eigen machen.

Standesamt vom 10. Mai 1922.

Todesfälle: Tochter des Sattlers Felix Neumann, 8 J. 5 M. — Tochter des Expedienten Julius Regel, todegeb. — Apotheker Richard Franz, 60 J. — Tochter des Kaufmanns Kurt Preuß, 8 M. — Sohn des Kriegsblinden Wilhelm Michel, 4 J. 6 M. — Arbeiter August Borkowski, fast 63 J. — Tochter des Hilfsmonteurs Wilhelm Wagnowski, 8 M. — Invalide Johann Bausner, 69 J. 7 M. — Helfer Wilhelm Sawabli, fast 44 J. — Schuhmachermeister Johann Dirks, 78 J. 7 M. — Frau Auguste Sealer geb. Beyrau, 54 J. 3 M. — Arbeiter Albert Boife, 48 J. 9 M. — Frau Louise Korbel geb. Hartwich, 63 J. 7 M. — Tochter des Arbeiters Georg Garber, 1 J. 3 M. — Unehel. 1 Tochter.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polsische Mark:	7,13	am Vortage	7,13
Amer. Dollar :	28,1	"	29,1
Englische Pfund:	1260	"	1272

Wohnung und Alkohol.

Als Sozialisten wissen wir, daß wahre sittliche Kultur niemals ohne eine völlige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist. Das wird auch von bürgerlichen Wirtschaftlern auf ihren Sondergebieten immer wieder festgestellt. So schrieb der bekannte verlorene Volkswirtschaftler Prof. Waffar Schmöller: Wer seine ordentliche Wohnung hat, der muß der Kneipe, dem Schnaps verfallen. Dennoch ist es nur der Sozialist, der diese soziale Gestaltung als eine sittliche Pflicht ansieht. Man bleibt drüben bei der blühenden Festschönung. Die Bildung des Charakters soll drinnen zur Verwirklichung gelangen.

Aber das Beispiel vom Zusammenhange zwischen Wohnung und Alkohol zeigt aber, wie notwendig eine Gestaltung des Lebens für eine sittliche Kultur ist. Je schlechter die Wohnung um so größer die Alkoholgefahr; je größer die Alkoholgefahr, um so größer wieder die sittliche Gefahr. Ist es da nicht traurig, daß nach den Feststellungen des Volkswirtschaftlers und Arztes Oeffert vor dem Kriege nur etwa 20 000 einigermassen wohnlich eingerichtete Arbeiterwohnungen in Deutschland vorhanden gewesen sind? Nur 250 000 menschenwürdige Arbeiterwohnungen, während 8 Millionen Arbeiterfamilien gezählt wurden? Und wie mag da das Elend heute sein? Wie groß da die Alkoholgefahr!

Bei dieser jämmerlichen Lage der Arbeiterwohnungen ist es zu verstehen, daß der Arbeiter nur 6 Prozent seines Jahreslohnes für die Wohnung gebraucht. Derartige Wohnungen müßten naturgemäß billig sein. Da konnte der Arbeiter seinen angemessenen Betrag für die Wohnung zahlen, weil es keine gab. Und die Folge war, daß er 8 Prozent seines Jahreslohnes für Alkohol ausgab. In Amerika war es anders. Dort herrschte eine andere Arbeiterwohnungskultur, die natürlich auch andere Sätze forderte. Der Arbeiter zahlte da 18 Prozent seines Lohnes für die Wohnung und die Folge war: er gab, weil er ein wirkliches Heim hatte, nur 8 Prozent seines Lohnes für Alkohol aus. Ob der Arbeiter auch bei der guten Wohnung nicht noch niedriger sein konnte, darauf kommt es in diesem Zusammenhange nicht an. Je besser die Wohnung — das ist hier das Wesentliche —, um so geringer der Alkoholenuss. Das ist das Ergebnis in allen Ländern!

Und die sittliche Folge dieses Wohnungslebens? Da sei nur ein Beispiel genannt. Nach einer Arbeit von M. Graenkel hatte eine 1810 geborene Krankenschwester im Jahre 1893 881 Nachkommen. Davon waren 181 Prostituierte, 142 Bettler, 76 Schwerverbrecher, 7 Mörder und 40 Armenhausinsassen! Wer unter euch nicht Sozialist ist, der werfe den ersten Stein auf sie. —

Bermischtes.

Ehrensdämon in einer Nervenklinik. Das Londoner Gastspiel des französischen Apoptisten der Antisuffragetten Coué, dessen Wunderkuren 14 Tage lang das Stadtgespräch

arbeiten und zu dessen Vorlesungen und Konversationen sich eine unerschöpfliche Menge drängte, hat einen Abbruch gefunden, der den Erwartungen der Verehrer Coués nicht entspricht. Der Wunderdoktor hatte als letzte seiner Unternehmungen eine Sitzung im Neurologischen Hospital von Tooling angekündigt, einer Anstalt, in der zahlreiche Kriegsteilnehmer, die an schweren Nervenschwörungen litten untergebracht sind. Diese Sitzung sollte der Mittelpunkt der Vorführungen werden, gesteuert sich aber zu einer aufregenden Tragödie. Es gelang Coué anfangs wirklich, bei einem Soldaten, der von schwerem Kopfschmerz geplagt wurde, und den er ununterbrochen die suggestive Formel: „Ca passe“ (das geht vorüber) nachsprechen ließ, günstige Wirkung zu erzielen. Als Coué sich aber dem nächsten Patienten zuwandte, der an heftigen Zuckungen des ganzen Körpers litt, geschah das Unglück. Coué führte mit blitzschnellen Bewegungen die Hände über die Wille der Soldaten, indem er ihm dabei vorhielt, daß diese Zuckungen lästig für ihn selbst seien und seiner Umgebung nicht einmal recht glaubhaft erschienen, als der Patient plötzlich einen durchdringenden Schrei ausstieß und sich unter Konvulsionen zur Erde warf. Die Wirkung auf die nervenkranken Zuhörer war fürchterlich. Die Patienten begannen zu heulen, zu toben und sich auf der Erde zu wälzen. Sie wurden sofort von herbeieilenden Krankenschwestern hinausgetragen, aber auch auf die anwesenden Besuchen machten diese Szenen einen so grauenhaften Eindruck, daß die meisten den Saal verlassen mußten. Coué war der einzige, der die Gegend gegenwart beblieb und die Vorlesung noch eine Weile fortsetzte. Später erklärte er, daß die ganze Sache nichts auf sich habe; hysterische Menschen seien unberechenbar. Der Vorgang hat jedoch in London großes Aufsehen erregt und scheint das Ansehen Coués wesentlich beeinträchtigt zu haben.

Verurteilte Schupobeamte. Das Schöffengericht in Ebersfeld verurteilte gegen vier Beamten der Schupo wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Dienst. Die Verhandlung ergab ein erschreckendes Bild über gewisse Vorgänge bei der Postzeit. In einer großen Zahl von Gerichtsverhandlungen und auch außerhalb des Gerichtssaales kommt häufig zur Sprache, in welcher Weise Inhaftierte auf den Postschwachen mit Schlägen usw. traktiert worden sind. Da aber diese Opfer meistens keine Zeugen zur Seite haben, andererseits die anwesenden Beamten jedweden Uebertreiß zu bestreiten pflegen, so gehen die Schuldigen meistens frei aus. In dieser Verhandlung vor dem Schöffengericht konnte jedoch die Schuld der Angeklagten ausnahmsweise einwandfrei festgestellt werden. Der Rufführer Volta war dabei betroffen, wie er statt auf der rechten Seite der Fahrtrasse links fuhr, und zwar aus dem einfachen Grunde, um seinen Pferden die Bewältigung der Steigung zu erleichtern. Diese Uebertretung der Fahrordnung wurde von dem Unterwachmeister Haller aufgegriffen. Schon der Weg zur Wache war ein Martirium für den Volta. Er mußte seine Pferde einem ungewissen Schicksal überlassen und wurde mit auf dem Rücken zusammengehaltenen Händen abgeführt. In dieser Art des Transportes hat allerdings

das Gericht noch nichts Strafbares gesehen. Kupfer-Konze, auf welcher sich eine große Zahl von Schupo-Beamten befand, mußte Volta seine Personalien angeben. Schon bei dieser Gelegenheit bekam er ohne den geringsten Anlaß von hinten und vorn kräftige Ohrfeigen. Statt es sich mit der Feststellung der Personalien genügen zu lassen, wurde Volta, weil er, was in der Verhandlung übrigens widerlegt worden ist, angetrunken gewesen sein soll, in eine Arrestzelle geschleppt und dort schwer mißhandelt. Diese Mißhandlungen wiederholten sich in der Nacht noch dreimal, indem nach Verlauf gewisser Zeitabstände Volta in das Wachtlokal geholt und dann auf seine Weigerung, sein Geld nachzuzahlen, in die Zelle zurückgeschleppt und dann in der brutalsten Weise geschlagen wurde. Die Angeklagten leugneten selbstverständlich jede Schuld. Das Urteil ging dahin: Der Oberwachmeister Puhvogel wurde zu zwei Monaten Gefängnis, die Unterwachmeister Haller und Meiers zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Hübeler wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung aus: Puhvogel als Wachhabe, der habe sich besonders strafbar gemacht, da es seine Pflicht gewesen wäre, Ausstellungen zu verhindern, anstatt sie zu fördern. Eine Beteiligung Hübeler sei nicht zweifelhaft nachgewiesen. Der Vorgang habe bedauerliche Schlaglichter auf den Geist der Schupo-Beamten geworfen. Das Verhalten kennzeichnete sich als Charakterlosigkeit und sei durch den hohen Grad der jutage getriebenen Feigheit besonders verwerflich.

BORG



Wasserlandschaften am 10. Mai 1922.

	7.5.	8.5.	Aurzebrach	+1,50	+1,05
Zawichost	+1,60	+1,50	Montaurepige	+0,99	+0,98
	7.5.	8.5.	Piechel	+0,85	+0,92
Warschau	+1,54	+1,52	Dirschau	+1,14	+1,10
	7.5.	8.5.	Einlage	+2,10	+2,32
Plock	+1,16	+1,09	Schlewenhorst	+2,24	+2,15
	8.5.	10.5.	Rogat:		
Thorn	+1,14	+1,13	Schnau O. P.	+6,68	+6,68
Jordon	+1,06	+1,05	Balgernberg O. P.	+4,62	+4,86
Culm	+0,98	+0,95	Neuhofersbush	+2,00	+2,02
Graden	+1,17	+1,17	Anwache		

Verantwortlich für Politik Ernst Voops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva, — Druck von J. Gebl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 10. Mai, abends 7 Uhr:
Dauerkarten E 1.
Liebe und Trompetenblasen
Lustspiel in 3 Akten von Hans Sturm und Hans Bachwitz.
Spielleitung: Heinz Brede. Inspekt.: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2.
Neu einstudiert. Die Hochzeit des Figaro.
Komische Oper.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Gastspielpremiere! Einmaliges Gastspiel der Kammerlängerin Marcella Köhler: Carmen. Große Oper.
Sonnabend, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten C 2.
Ermäßigte Preise! Die Räuber. Schauspiel.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Male. Die lustigen Bagabunden. (Robert und Bertram 2. Teil.) Große Posse mit Gesang.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Norman
Heute, Mittwoch, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr

„Wiener Blut“

Freitag, den 12. Mai
„Förster Christl.“
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Koblmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. 16195

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3. 6590
Spielplan vom 9. bis 11. Mai 1922

„Das Abenteuer einer Zirkusamazonen“

oder: „Der Leutnant vom 9. Lanterregiment“
Großes Zirkus- und Wild-Westdrama in 5 Akten.
„Der Totenvogel“
Kriminaldrama in 5 Akten.
„Hoff gewinnt den großen Preis“
Eine lustige Sportgeschichte in 2 Akten.

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
In geschmackvoller und sauberer Ausstattung
Kataloge - Broschüren
Zeitschriften - Bücher
Massenaufgaben
Buchhandlung
In kürzester Zeit zu billigsten Preisen
Sozialistische Literatur in grösster Auswahl
Danziger Volksstimme
Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Die Münchener
„Jugend“
erscheint monatlich zweimal in Doppelheften am 1. u. 15.
Überall zu haben!
Bezugspreis vierteljährlich M. 55.—
Einzelpreis der Nummer . . M. 10.—

Stroh-Panama-Velour-Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt, gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle auf Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle).

Rägener
Schlemmkreide
Leinölmalerei, Farben, Lacke, Gyps, Hutlacke in allen Farben empfiehlt Drogerie a. Domnikanerplatz, Bruno Fasel, Junkerg. 12a. d. Markth. 5600 Fernruf 3770.
Eine Zither, ein Paar br. Herrenhalbschuhe und ein Trauring, 585 gestempelt, zu verkaufen. Engelmann, Hinter Wldersbrauhaus 29, II. (+)
Waschfrau
kann sich melden (+)
Prinoh, Tobiasgasse 4.

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Nebstige Kostensrechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 Bieffertstadt 71 I Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3 neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. 16090

Volkspflege

Bemerkenswert: Genossenschaftliche Versicherungs-Viktiengeellschaft
- Sterbekasse. -
Kein Polzeiverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus Arbeiterorganisationen und von der
Vereinsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Stenographie

Eingelunterrichtet 497
Tages- u. Abendkurse
Otto Sleda, Neugarten 11.

Blei, Zinn u. Antimon

kauft in jeder Menge
Danziger Volksstimme,
Am Spendhaus 6.

Saare

kauft zu höchstem Preis
Robert Kliefeld,
Haarhandl., Breitgasse 6.
6217

Lumpen

zu Puhappen geeignet, kauft
Danziger Volksstimme,
Am Spendhaus 6.

Gut möbliert. Zimmer

(mit auch ohne Pension) von jung. Mann z. mieten gesucht. Angeb. unter W an die Exped. d. Bl. (+)